

Neue und alte Herausforderungen der Düdinger Gemeindepolitik



Im ersten Jahr der neuen Legislatur stellt sich die Frage, wie sich die Reduktion von neun auf sieben Amtsträger sowie die deutliche Verjüngung auf den Gemeinderat und auf die Gemeindepolitik auswirken. Eine erste Erkenntnis: Insgesamt überwiegen die Kontinuitäten. Vieles, das der Generalrat in diesem Jahr zu entscheiden hatte, war bereits seit längerem in der Pipeline. Die FDP-Fraktion stellte Fragezeichen zur Nachhaltigkeit einiger Investitionen, beispielsweise der Aufwertung der Podium-Infrastruktur, bei der die Folgekosten zu wenig berücksichtig

wurden. Dennoch entschied sich der Generalrat, diese Investition zu tätigen. Desweiteren sprach sich das Gemeindeparlament für den von der Agglo vorangetriebenen Ausbau eines Velowegs in Richtung Freiburg aus. Spannend könnte die Ausgestaltung bei der Grandfey-Brücke werden, für welche ein erster Entwurf präsentiert wurde. Das Viadukt soll für den Langsamverkehr (Fussgänger, Velos, Kinderwagen) besser zugänglich werden. Tatsächlich ist es bis anhin für viele fast unmöglich, diese Verbindung zu nutzen.

Seit einem halben Jahr fahren in Düdingen testhalber Ortbusse im Viertelstundentakt. Vielen fällt auf, dass der Bus oft leer unterwegs ist. Daher diskutierten die Fraktionen einen Vorstoss aus dem Generalrat, der ein von der Gemeinde mitbezahltes «Düdingen-Abo» für diesen Bus verlangt, um die Auslastung zu verbessern. Der Vorstoss wurde jedoch vorläufig zurückgezogen. Ob Düdingen städtisch genug ist, damit ein Ortsbus die Verkehrssituation tatsächlich verbessern kann, ist unsicher. Momentan generiert der Bus eher mehr Verkehr.

Absehbar ist, dass in den nächsten Jahren grössere Infrastrukturprojekte in den Fokus der Düdinger Gemeindepolitik rücken werden. Die Planung eines neuen Schulgebäudes ist am Anrollen und mit der «Leimacker-Arena» könnte die Sportinfrastruktur in Düdingen neue Impulse erhalten. Bis dahin ist es jedoch ein weiter Weg und bei so vielen Wünschen muss der Leitgedanke weiterhin sein: Was ist nötig, was luxus? Steuergelder dürfen nicht verschwendet werden!
David Bossart
Fraktionssprecher FDP – die Liberalen

Erste Jahresrechnung nach HRM2, neues Reporting



und 6 neuen Mitgliedern ist an der allgemeinen Herausforderung FiKo und dem HRM2 stark gewachsen. Hier gilt ein grosser Dank an den Gemeindegassier Richard Schafer und dem zuständigen Gemeinderat Walter Stähli für die Geduld und das Verständnis der vielen Fragen.

Die Jahresrechnung kommt neu mit zwei ausführlichen Dokumenten von 40 und 49 Seiten daher und ist somit fast doppelt so umfangreich wie vorher. Das neue Reporting mit dem Anhang ist ausführlicher als vor HRM2 und aus meiner Sicht, ist das separate Dokument mit Finanzbericht einfacher lesbar und verständlicher. Insgesamt ist der Einblick in die Finanzen der Gemeinde umfassender z. B. Rückstellungsspiegel, Eigenkapitalnachweis oder Vollzeitstellen geben gerade für Nichtmitglieder der Finanzkommission mehr preis. Die Vorschriften zur Rechnungslegung und die Bewertungsgrundsätze sind das Herzstück der HRM2-Normen und das True and Fair View-Prinzip machen den Vergleich anschliessend von Jahr zu Jahr oder auch von Gemeinden mit gleichem

Parameter möglich. Wie in allen anderen Gemeinden erhält das interne Kontrollsystem (IKS) ein höherer Stellenwert. Der Gemeinderat ist gefordert die bereits existierenden und gelebten Prozesse wo nötig zu ergänzen und in einem übersichtlichen Dokument darzustellen. Sicherlich muss man sich ans neue Design und an das harmonisierte Rechnungswesen noch gewöhnen und es wird noch ein paar rauchende Köpfe geben bis es zur Routine wird.

Sarah Zingg
Präsidentin Finanzkommission und
CO Präsidentin FDP Wünnewil-Flamatt

Das Thema HRM2 ist in den Gemeinden präsent und die Gemeinde Wünnewil-Flamatt hat die erste Jahresrechnung nach HRM2 erstellt und wird dem Generalrat am 4 Mai 2022 zur Genehmigung vorgelegt. Seit der neuen Legislatur habe ich die Ehre die Finanzkommission zu präsidieren. Die neubesetzte FiKo mit mir als Bisherige

EINLADUNG zur Generalversammlung der FDP Sense

Datum: Donnerstag, 12. Mai 2022
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Restaurant Alpenrose, Alterswil

Nach dem offiziellen Teil sind alle zu einem kleinen Imbiss eingeladen

Anmeldung: bitte unter info@fdp-sense.ch

OECD-Steuerdiktat! AKZEPTIEREN oder ABLEHENEN

Als Präsidentin der Finanzkommission des Ständerates ist es mir ein Anliegen, ihnen geschätzte Leserinnen und Lesern, aufzuzeigen, welche Auswirkungen der international vereinbarte Mindeststeuersatz für die Schweiz hat.

Die OECD und die G20-Staaten arbeiten seit Jahren an einer Harmonisierung für einen weltweit geltenden Mindeststeuersatz für grosse, international tätige Unternehmen. Dieses Vorhaben soll verhindern, dass Grosskonzerne ihren Steuersitz in sogenannten Steueroasen ansiedeln. Aus Sicht der OECD gehört unter anderem auch die Schweiz zu diesen Steueroasen. 2021 gelang der Durchbruch und die Staaten einigten sich auf einen Mindeststeuersatz von 15% für international tätige Unternehmen, deren Jahresumsatz 750 Millionen Euro übersteigt.

Am 12. Januar 2022 hat der Bundesrat entschieden, sich dem Diktat der OECD zu beugen. Unter Berücksichtigung, dass bis zu diesem Zeitpunkt bereits 137 Staaten signalisiert haben die Steuer einzuführen, blieb dem Bundesrat auch nichts anderes übrig. Die Finanzkommission stellte dem Bundesrat die Frage: Was passiert, wenn wir diese Steuer ablehnen?

Der Bundesrat antwortete: **Hält ein Staat niedrigere Sätze aufrecht, so können die anderen Staaten die betroffenen Unternehmen zusätzlichen Steuern unterwerfen.**



Johanna Gapany, Ständerätin, Bulle

Also wenn zum Beispiel ein Kanton die Unternehmensgewinne mit 10% besteuert, kann ein anderes Land, das die OECD Regel anwendet, auf Tochterfirmen, die sich in diesem Land befinden, weitere Steuern verlangen, bis die Differenz zur Untergrenze von 15% ausgeschöpft ist.

Diese Entwicklung ist aus Sicht der Schweiz problematisch, für uns ist Steuerwettbewerb unter Kantonen und Gemeinden Garant für eine vernünftige Steuerbelastung. Es stellt sich die Frage,

ob wir in Zukunft aus Gründen der Gleichbehandlung Grossfirmen anders besteuern als alle übrigen Unternehmen? Verlieren wir Schritt für Schritt die Hoheit über unsere Steuergesetzgebung?

Sowohl die G20 wie die OECD versichern, dass sich für Unternehmen, die nur in der Schweiz tätig sind oder weniger als 750 Millionen Umsatz machen, nichts ändern wird. Die Mindeststeuer wird als Reaktion auf die Globalisierung und die Verflechtungen international tätiger Unternehmen gerechtfertigt und verspricht eine gerechtere Verteilung des Steuersubstrats. Inhaltlich ist diese Entscheidung verständlich, die wirtschaftliche Entwicklung und die Möglichkeiten der Digitalisierung erfordern Anpassungen. Die Schweiz kann sich in diesem Dossier der internationalen Entwicklung nicht entziehen. Wir können und müssen nun aber aktiv und kreativ werden, damit unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft für Grosskonzerne attraktiv bleibt. Die Erhöhung des Steuersatzes auf 15% bringt den Kantonen Mehreinnahmen. Diese sollten zur Finanzierung der wirtschaftlichen Attraktivität eingesetzt werden, ich denke da an Infrastruktur, Ausbildung, Planungssicherheit, konkurrenzfähige Landpreise, etc.

Ziehen wir gemeinsam die richtigen Schlussfolgerungen:

1. Die Schweiz muss dieses Steuerdiktat akzeptieren. Eine Ablehnung schadet

weit mehr, der Bundesrat hat richtig gehandelt.
2. Die Mehreinnahmen, die vor allem bei den Kantonen anfallen, müssen zur Erhaltung der Standortattraktivität reinvestiert werden.
3. Wir müssen auf dem internationalen Parkett zusammen mit anderen kleinen Ländern dafür kämpfen, die Souveränität über Steuerfragen nicht aus der Hand zu geben.

Was ist meine Rolle?

Als Präsidentin der Finanzkommission habe ich verlangt, dass wir lückenlos über die Umsetzung informiert werden. Welche Regeln gelten, was für Ausführungsbestimmungen sind nötig? Dann gilt es die Kantone zu sensibilisieren und zu informieren. In welchem Zeitraum wird das neue Steuerregime eingeführt, welche Firmen sind betroffen, was für Massnahmen sind geplant um die Attraktivität als Wirtschaftsstandort aufrecht zu erhalten? Konkret geht es darum mit den Kantonen abzusprechen wie die Mehreinnahmen direkt zur Entlastung eingesetzt werden könnten, z. B. bei Gebühren, Bildung, Sozialabgaben, etc. ohne die Verletzung der Vertragsregeln. Gerade die Berufsbildung ist für die Schweiz ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil, eine finanzielle Stärkung dieses Bildungszweiges liegt mir am Herzen.

Folgen sie meinen Aktivitäten unter: <https://johanna-gapany.ch/de/meine-arbeit/>

Impressum

Herausgeber:
FDP Sense, www.fdp-sense.ch

Redaktion:
info@fdp-sense.ch

Inserate:
fschneider55@bluewin.ch

Gestaltung und Druck:
Sensia AG, 3186 Düdingen

Erscheinungsweise und Verbreitung:
Erscheint 3 bis 4 mal pro Jahr in einer Auflage von ca. 21.500 Ex. Geht an alle Haushaltungen im Sensebezirk.

Inhaltsverzeichnis

- 1 OECD-Steuerdiktat!
- 2 Nein zum misstratenen Filmgesetz
- 2 Ja zur Änderung des Transplantationsgesetzes
- 3 Ja zur Frontex-Schengen
- 3 Kantonale FDP mit neuem Präsidenten
- 4 Neue und alte Herausforderungen der Düdinger Gemeindepolitik
- 4 Erste Jahresrechnung nach HRM2, neues Reporting
- 4 EINLADUNG zur Generalversammlung der FDP Sense

AEBI-KADERLI GARTEN-CENTER
Aebi-Kaderli Garten-Center AG
Stockera I
CH-3186 Düdingen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

trans-auto
Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitol.ch
WC-Kabinen
Cabines WC
www.trans-auto.ch

Gratik - Druck -
Beschriftung - Verpackung
sensia
www.sensia.info - Düdingen

schaller wohnen
schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 Flamatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch

Summer PARTY
Inscrivez-vous ici
23 juin 2022 dès 18h30
chez Soleol à Estavayer-le-Lac
PLR Freiburg

Nein zum missratenen Filmgesetz



klar zustande gekommen, weshalb wir am 15. Mai 2022 darüber abstimmen werden.

Worum geht es eigentlich?

Die Filmlobby ist in Bern gut vernetzt. So fliessen bereits heute über verschiedene Subventionstöpfe jährlich rund 120 Millionen Franken Gebühren- und Steuergelder an Schweizer Filmschaffende. Damit aber nicht genug. Mit dem neuen Filmgesetz soll zusätzlich eine Investitionspflicht für private Streaming-Plattformen eingeführt werden. Ausserdem werden diese zusätzlich dazu verpflichtet mindestens 30% europäische Filme anzubieten.

Nein zur Filmsteuer

Mit dem Filmgesetz sollen neu Streaming-Plattformen wie Netflix, Disney+ und Co. dazu verpflichtet werden, mindestens 4% ihres in der Schweiz erzielt

ten Umsatzes in das hiesige Filmschaffen zu investieren. Da alternativ eine Ersatzabgabe im selben Umfang entrichtet werden muss, kommt dies faktisch einer Filmsteuer gleich. Diese Filmsteuer wird notabene auf dem Umsatz und nicht auf dem Gewinn dieser Unternehmen erhoben. Somit werden die Ausgaben für die Betroffenen steigen, was zu Mehrkosten in Millionenhöhe führt. Diese Mehrkosten werden wiederum auf uns Konsumentinnen und Konsumenten – in der Form von höheren Gebühren – überwältzt.

Selbst im Vergleich zu anderen Ländern, welche eine solche Abgabe kennen, ist die vorgesehene Investitionspflicht unverhältnismässig hoch. Damit aber nicht genug. Neben der neuen Steuer wird zusätzlich über eine Quote das Angebot in der Schweiz massiv eingeschränkt.

Nein zur Bevormundung

Bisher konnten die Streaming-Anbieter in der Schweiz ihr Angebot an den Bedürfnissen und der Nachfrage von uns Konsumentinnen und Konsumenten ausrichten. Mit der Vorlage soll sich dies nun ändern. So muss neu mindestens 30% des Angebots aus Europa stammen und besonders gekennzeichnet sein. Die Qualität der Filme und Serien sowie die Bedürfnisse der Kunden werden dabei völlig ausseracht gelassen. Stattdessen herrscht eine staatlich verordnete Zwangsquote.

Sind auch Sie gegen höhere Gebühren und Bevormundung, dann stimmen Sie am 15. Mai 2022 überzeugt NEIN zum missratenen und konsumentenfeindlichen Filmgesetz.

Fabian Kuhn, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz

Ja zu Frontex-Schengen

Worüber stimmen wir ab?

Die Schweiz trägt als Teil von Schengen auch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, genannt Frontex, mit. Angesichts des Drucks an den Grenzen Europas (z. B. an der polnischen Grenze zu Weissrussland) muss die Unterstützung für den Zeitraum 2021–2027 (finanziell, personell und materiell) verstärkt werden. Als assoziiertes Staat soll die Schweiz Frontex proportional zu ihrer Grösse mittragen. Frontex wird auf der Grundlage der Schengen-/Dublin-Abkommen umgesetzt. Daher garantiert die Beteiligung der Schweiz an Frontex, den Erhalt der Mitgliedschaft in den Schengen-/Dublin-Abkommen, was die Grundlage für Freizügigkeit, Sicherheit und Asylpolitik in Europa ist.

Argumente für ein JA Europapolitischen Totalschaden abwenden

Eine Ablehnung des Ausbaus von Frontex hat zur Folge, dass die Schweiz automatisch ihren Status als Mitglied von Schengen verliert. Durch das Scheitern von diesem institutionellen Rahmenabkommen werden vor allem unsere Beziehungen zur EU noch mehr geschädigt. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat. Bei einer Ablehnung von Frontex wird die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Abgesehen von den offensichtlichen Nachteilen der Einschränkung der Reisefreiheit wird die Schweiz auch ihre Grenzen wieder allein durch systema-

tische Kontrollen sichern müssen. Diese systematische Kontrolle verursacht extreme Mehrkosten für die Schweiz. Auch der Tourismus ist stark vom Schengen-Abkommen abhängig und Studien zeigen, dass der Sektor bis zu einer halben Milliarde durch den Ausschluss aus Schengen verlieren könnte.

JA zur Sicherheit

Die Schengen-Zusammenarbeit ist ein zentrales Instrument für die tägliche Fahndungsarbeit der Sicherheitsbehörden. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und damit zur inneren Sicherheit der Schweiz. Der Zugang zum Schengener Informationssystem ist für die Schweizer Polizeikörper von zentraler Bedeutung.

JA zur europäischen Zusammenarbeit im Asylwesen

Mit der Ablehnung von Frontex wird die Schweiz nicht nur aus dem Schengenraum ausgeschlossen, sondern auch aus dem Dublin-Abkommen. Letzteres regelt die europäischen Migrations- und Asylprozesse. Der Krieg in der Ukraine zeigt: Die schnelle, koordinierte und vor allem unbürokratische Hilfe für ukrainische Flüchtlinge war nur dank dem Dublin Abkommen möglich. Die Schweiz würde ihr Mitspracherecht in der europäischen Migrationspolitik verlieren und insbesondere bei Asylverfahren nicht mehr mit anderen Ländern zusammenarbeiten. Auch dies würde zu sehr hohen Mehrkosten für die Schweiz führen.

Ja zur Änderung des Transplantationsgesetzes

Revision des Transplantationsgesetzes – um was geht es?

Im Jahr 2013 wurde die Motion Laurent Favre (FDP) für einen Systemwechsel im Transplantationsgesetz zur Widerspruchslösung im Ständerat abgelehnt. Im März 2019 wurde die Initiative «Organspende fördern – Leben retten» eingereicht. Die Initiative forderte, dass künftig jede Person als Organspender gilt, sofern zu Lebzeiten kein anderer Wille geäussert wurde. Als Reaktion auf die Initiative änderte das Parlament das Transplantationsgesetz und fügte ein Vetorecht für die Angehörigen hinzu. Die Angehörigen können dadurch die Organentnahme verweigern, falls der Wille des Verstorbenen unbekannt ist. Mit dieser Erweiterung wird im Transplantationsgesetz neu von einer

erweiterten Widerspruchslösung gesprochen. Die Initianten sind mit den Änderungen des Transplantationsgesetzes zufrieden und haben ihre Initiative zurückgezogen. Ungeachtet davon ergriffen jedoch konservative Kreise das Referendum. Daher wird am 15. Mai 2022 nur über das Transplantationsgesetz abgestimmt.

Der Bundesrat, das Parlament und die FDP-Liberale Fraktion stimmen der Gesetzesänderung zu:

- Nationalrat mit 141 Ja-Stimmen zu 44 Nein-Stimmen (FDP: einstimmig Ja bei 1 Enthaltung)
- Ständerat mit 31 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen (FDP: 9 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Warum Ja zur Revision des Transplantationsgesetzes?

Die Revision rettet Leben

Bei der Organspende in der Schweiz braucht es eine grundlegende Veränderung. Durch die Organspende können zurzeit jährlich 250 Menschenleben gerettet werden. Gemäss den Zahlen von Swisstransplant warten derzeit über 1400 Personen auf eine Organspende. 2020 starben 70 Menschen, die auf der Warteliste für ein neues Organ waren. Mit der Revision des Gesetzes soll die Zahl der wartenden Patienten reduziert werden. Studien im Ausland beweisen, dass die Organspende mit einer Widerspruchslösung zu einer Erhöhung der Organspender führt und somit Leben rettet. Denn rund 30% der Patientinnen/

Patienten auf der Warteliste für ein neues Organ sind unter 50 Jahre alt.

Niemand wird zur Spende gezwungen

Die Revision des Transplantationsgesetzes und die erweiterte Widerspruchslösung dienen einer besseren Aufklärung und einer möglichen Entlastung von Angehörigen. Jede Person hat das Recht über ihre Organe zu entscheiden. Das Gespräch mit den Angehörigen findet immer statt. Können die Angehörigen nicht rechtzeitig kontaktiert werden oder sind keine Angehörigen bekannt, ist die Organentnahme nicht möglich. Auch wenn sich die Angehörigen uneinig sind, findet keine Organentnahme statt. Die Gesetzesrevision übt daher keinen Zwang auf den Organspender und die Angehörigen aus.

Alexandre Vonlanthen wurde an der Delegiertenversammlung vom 7. April 2022 zum neuen Präsidenten der FDP Freiburg gewählt!

Mit einem Präsidentenwechsel beginnt immer wieder eine neue Ära. Alexandre Vonlanthen (1977) ist Unternehmer in der Immobilienbranche und seit vielen Jahren politisch aktiv. Gemeinderat seines Wohnorts Cugy ab 2011 und Ammann von Cugy von 2016–2021, Präsident/Mitglied der interkommunalen Vereinigung für die Wasserreinigung (STEP/ARA) von Bussy und Bau der neuen ARA von Payerne, ehemaliger Präsident der JCI Broye (JCI = Junior Chamber International) und Mitglied sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats in mehreren Immobiliengesellschaften. Nun wagt sich der erfolgreiche Wahlkampfleiter der kantonalen Kampagne 2021 an die Spitze der FDP des Kantons Freiburg.



Das Führungsteam der FDP Freiburg mit dem Präsidenten und den drei VizepräsidentInnen. Von links nach rechts: Sophie Moura, Alexandre Vonlanthen, Victoria Malecki, Pierre-Alain Bapst

hin getrieben, es ist eine logische Folge meiner Laufbahn.

Wie hat sich dein Alltag seit deiner Wahl verändert?

Ich habe vor drei Monaten beschlossen mein Gemeindefandat abzugeben, was in meiner Agenda viel Platz frei gemacht hat. Seit meiner Ernennung füllt sie sich aber schon wieder. Nach den verschiedenen Interviews machte ich mich an die Arbeit. Ich habe schon mehrere Sitzungen hinter mir, um das Team zusammen zu stellen und genauer zu verstehen, wer was tut; Aufgaben zu verteilen und die Tagesordnung des Büros zu organisieren. Ich würde sagen, dass die Arbeit derzeit eher intern ist, um die Umsetzung der neuen Organisation festzulegen. Ich bin auch zu den FDP-Generalversammlungen in den Bezirken eingeladen und freue mich darauf, daran teilzunehmen, um die FDP zu vertreten. Ich werde auch am 12. Mai mit Freude an der Versammlung der FDP Sense teilnehmen!

Was wird von einem Kantonspräsidenten erwartet?

Eine gute Zusammenarbeit und eine Informationsquelle. Ich war mehrere Jahre lang im Vorstand des Broyebezirks und weiss, dass der Informationsaus-

tausch in die eine oder andere Richtung nicht selbstverständlich ist. Ich möchte stärker mit den Bezirken kommunizieren, damit der Präsident der Bezirkspartei konkret die Verbindungsperson der kantonalen FDP ist. Es ist den motivierten und engagierten Bezirken zu verdanken, dass die FDP die letzten Wahlen gewonnen hat. Also setzen wir die Arbeit in dieser Richtung fort.

Was sind deine Ziele, die du an der Spitze der FDP Freiburg erreichen möchtest?

Mein Ziel ist einfach: unsere positive Dynamik fortsetzen.

Wir gehen seit Jahren einen guten Weg, wir hatten Erfolge in den letzten Kampagnen und wir müssen alles tun, um weiter fortzuschreiten. Im nächsten Jahr finden die National- und Ständeratswahlen statt. Mit dem Rückzug von Jacques Bourgeois aus dem Nationalrat, gilt es eine starke Liste zu präsentieren. Es geht darum fähige und bekannte Persönlichkeiten aus allen Bezirken für eine Kandidatur zu gewinnen um unsere Vertretung in Bern zu stärken.

Hast du eine Zauberformel, wie dir das am besten gelingen wird?

Meine Vision der FDP ist ein TEAM, mit dem sich die Menschen identifizieren können. Wir haben bei den letzten Wahlen oft über die blaue Welle gesprochen. Die blaue Welle ist unsere Dynamik und wir müssen damit den ganzen Kanton erfassen. Es ist wichtig, bei Veranstaltungen, Abstimmungen und natürlich bei den Wahlen sichtbar zu sein und den Kontakt mit der Bevölkerung zu suchen und zu pflegen.

Welche Themen oder Werte liegen dir in Sachen Kantonspolitik am Herzen?

Als Präsident habe ich kein spezifisches Thema zu verfolgen. Was für mich

zählt, ist, wie ich die Themen behandle. Ich werde dafür kämpfen, dass die Themen des Augenblicks nach freisinnigen Werten behandelt werden, gemäss unserem «blauen Faden».

Wie siehst du die künftige Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Sektoren?

Sehr gut, Dank dir Victoria. Es war mir ein Anliegen, dass der deutschsprachige Teil in der Vizepräsidentschaft vertreten ist, und ich freue mich sehr, dass du mein Angebot dem Team beizutreten, angenommen hast.

Selbst wenn Victoria im Vorstand die Anliegen der Deutschsprachigen kompetent vertritt, werde ich persönlich immer ein offenes Ohr haben und so viel wie möglich in den Regionen – seien sie Deutsch oder Französisch – präsent sein.

Ein Wort zum Abschluss an unsere Leserinnen und Leser?

Ich freue mich, sie kennenzulernen! Auch wenn ich eigentlich ein Sensler bin (ursprünglich aus Heitenried), und noch immer Verwandte im Sensebezirk habe, bin ich leider nicht zweisprachig und ganz allgemein ist mein deutscher Wortschatz nicht sehr reichhaltig. Somit war meine erste Handlung, nach dem Austritt aus dem Gemeinderat, Deutschunterricht zu nehmen. Ich freue mich auf den Austausch mit euch, denn der Dialog wird mich voranbringen, wobei ich aber auf ihre Nachsicht zähle.

Lieber Alexandre, vielen Dank für deine Antworten. Wir wünschen dir eine erfolgreiche Zeit als Präsident der FDP Freiburg!

Victoria Malecki für den Vorstand der FDP Sense

aXalta Treuhand AG | **aXalta** Revisionen AG | **aXalta** Datacenter AG
Buchführung | Steuerberatung
Wirtschaftsprüfung | Datacenter
Unternehmensberatung
Duenstrasse 1 | Postfach 151 | CH-3186 Düringen
info@axalta.ch | www.axalta.ch | Tel +41 26 505 11 11

Fasel für VW zu Fasel
Düringen

WSM
Walter Stähli
Felseneegg 6
3184 Wünnewil
026 496 48 40
Mechanik & Sicherheitstechnik
Kassen- / Feuerschutzschränke

heizen - kühlen - lüften - regeln - sanitär
RIEDO CLIMA
www.riedoclima.ch

Crottet AG
3186 DÜRINGEN TEL. 026 492 90 90
Elektro-Installationen | Lichtplanung
Telekommunikation | Elektro-Fachgeschäft
Steuerungen/Schaltanlagen | Reparaturen / Service

vaudoise
Pascal Kolly
Versicherungs- und Vorsorgeberater
Vaudoise Versicherungen
Rue St-Pierre 18, CH-1701 Freiburg
T 026 347 18 18, Direktwahl 026 347 18 28
F 026 347 18 19, M 079 764 42 57
pkolly@vaudoise.ch, www.vaudoise.ch
Versicherungsvermittler FNMA Nr. 16350

Wir haben was Sie suchen.
LEHMANN
Düringen | www.lehmann.info

Kaderli AG
Gartenbau • Düringen
026 493 15 44

Säumige Zahler?
HELVETICUM Inkasso SA-AG
Rue de Romont 12 | 1701 Freiburg | Tel 026 347 58 58
www.helveticum-inkasso.ch

Malerei Manuel Waeber GmbH
MALEREI
3175 Flamatt | 031 741 24 70, 1712 Tafers | 026 494 24 70
www.malerei-waeber.ch

STERNHAUS DÜRINGEN AG
Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düringen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch, www.sternhaus.ch
Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

Betreten Sie unsere Welt
www.bulliard.ch
immobilien@bulliard.ch
bulliard IMMOBILIER